

DIE STEUERLAST SPÜRBAR SENKEN

Die durch die Eingriffe der Regierung stark geschwächte Wirtschaft muss durch ein **Konjunkturprogramm** wieder angekurbelt werden. Die **Steuerlast muss spürbar gesenkt werden**, sodass die Bürger mehr Geld in der Tasche haben, und das Konsumverhalten nachhaltig belebt wird. Wir fordern auch eine **Entlastung der Unternehmen** von Steuern, Abgaben und Bürokratie zur Standort- und Arbeitsplatzsicherung.

KEINE MILLIARDENGESCHENKE AN DIE EU

Alle EU-Mitgliedstaaten sind wirtschaftlich in ähnlicher Form von der Corona-Epidemie betroffen. **Deutschland** hat aber im Rahmen des „Wiederaufbaufonds“ bereits über **200 Mrd. Euro an Coronahilfen** für EU-Staaten zugesagt. Mit dieser Belastung der deutschen Steuerzahler muss Schluss sein. In dieser Notsituation müssen sich die nationalen Förderinstrumente und Sicherungssysteme bewähren.

STOPP ALLER IDEOLOGISCHEN GROSSBAUSTELLEN

Ob nun E-Mobilität, „Klimaschutz“ oder „Green Deal“: Wir treten für ein **Ende dieser ideologiegetriebenen Großprojekte** ein. Die Forderungen, Wirtschaftshilfen und Subventionen an klimapolitische und damit **sachfremde Ziele** zu binden, sind **kontraproduktiv und gefährlich**. Keine **CO₂-Steuer**, keine Zuwanderung in unsere Sozialsysteme. Stattdessen Sicherung der bestehenden Energieversorgung und **Wiederherstellung eines investitionsfreundlichen Klimas in Baden-Württemberg**.

HELFEN SIE UNS, BADEN-WÜRTTEMBERG ZU HELFEN!

Die AfD steht wie keine andere Partei für Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Volksabstimmungen nach Schweizer Vorbild. Durch die zahlreichen Fehlentscheidungen der grün-schwarzen Landesregierung befindet sich unser Land in einer schweren Wirtschaftskrise. Die Auswirkungen der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verwerfungen werden nachfolgende Generationen noch lange belasten.

Wenn auch Sie der Meinung sind, dass sich deshalb in unserem Land dringend etwas ändern muss, dann unterstützen Sie uns durch Ihre Stimme, Ihre Spende oder Ihre Mithilfe bei den Aufgaben, die vor uns liegen.

Alternative für Deutschland – Baden-Württemberg

Volksbank Stuttgart

IBAN: DE70 6009 0100 0241 0220 02

BIC: VOBADESSXXX

Verwendungszweck :

Spende + ggf. Mitgliedsnummer oder vollständige Adresse (wenn Sie eine Zuwendungsbescheinigung wünschen)

Wir bedanken uns bereits jetzt für Ihr Vertrauen und versprechen Ihnen alles dafür zu tun, damit unser Land wieder sicher, frei und zukunftsfähig wird!



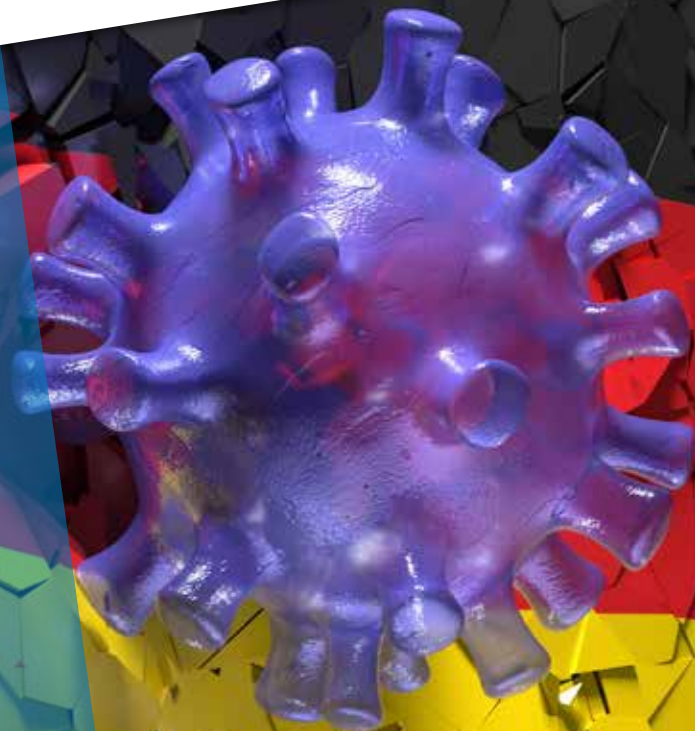
Unser komplettes Wahlprogramm können Sie auch über diesen QR-Code mit einem Smartphone abrufen.

V.i.S.d.P.: Markus Frohnmaier
AfD-Landesverband Baden-Württemberg
Zettachring 6
70567 Stuttgart

afd-bw.de



FÜR RECHT
UND FREIHEIT



**Corona-Sozialismus
abwenden!**
Wirtschafts- und gesundheits-
politische Grundsatzpositionen
der AfD Baden-Württemberg

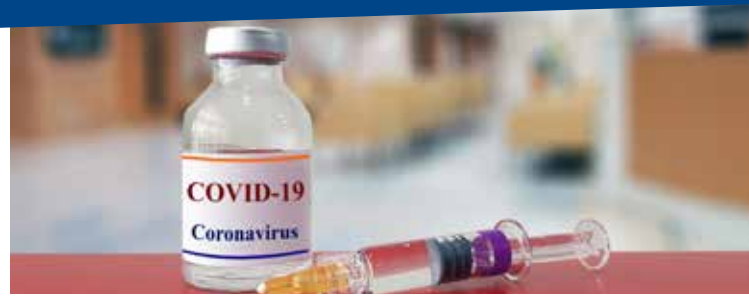


DER LOCKDOWN IST DER FALSCH WEG

Nach einer **Zeit der Untätigkeit** ergriffen die Bundes- und auch die baden-württembergische Landesregierung viel zu spät und dann völlig überzogene Maßnahmen gegen das Corona-Virus. Anstatt dessen Ausbreitung gezielt einzudämmen und die **Risikogruppen zu schützen**, erfolgten **einschneidende Eingriffe in die Grundrechte der Bürger** und das Wirtschaftsleben.

Seitdem verspricht der Staat mit **Unsummen schuldenfinanzierten Geldes**, alle Auswirkungen der Krise abzufedern. Dieser **Corona-Sozialismus** wird uns über Generationen hinweg noch teuer zu stehen kommen.

Die massiven Eingriffe des Staates werden weder angemessen begründet noch ausreichend überprüft. Sie bedrohen die Existenzen von Millionen Bürger auf Jahre hinaus. Der **Wohlstand** unseres Landes und der soziale Frieden unserer Heimat sind **akut gefährdet**. Um diese unheilvolle Entwicklung abzuwenden, fordert die AfD: Keine weiteren **Lockdowns**, sondern gezielter **Schutz der Risikogruppen!**



VULNERABLE GRUPPEN WIRKUNGSVOLL SCHÜTZEN

Vor allem **ältere** und besonders gefährdete **Menschen** gehören in den **Fokus der Schutzmaßnahmen**. Wir fordern bestimmte Einkaufszeiten für Ältere und Vorerkrankte im Lebensmittel- und Einzelhandel, damit sich diese Bürger keinem erhöhten Risiko einer Erkrankung aussetzen müssen.

Besonderer Schutz muss **Bewohnern von Alten- und Pflegeheimen** und **Personen in häuslicher Pflege** zukommen. Dies kann unter anderem durch eine Ausweitung von Testmöglichkeiten geschehen.

IMPFUNGEN FÜR ALLE – ABER AUF FREIWILLIGER BASIS

Für Bürger, die sich **freiwillig impfen** lassen wollen, muss ausreichend Impfstoff zur Verfügung gestellt werden. **Aber die Impfungen gegen das Corona-Virus dürfen nur auf freiwilliger Basis stattfinden**. Eine **Impfpflicht** lehnt die AfD entschieden ab. Auch sogenannte Privilegien für Geimpfte sowie Benachteiligung von Nicht-Geimpften darf es nicht geben.

RISIKEN DER IMPFUNG TRANSPARENT MACHEN

Die **Risiken und Nebenwirkungen einer Corona-Impfung** und auch deren Wirksamkeit müssen **transparent gemacht** und ausführlich dargestellt werden. Das gilt insbesondere vor dem Hintergrund von mehreren **Todesfällen von Bewohnern von Altersheimen in Norwegen**, bei denen nicht ausgeschlossen werden kann, dass sie mit dem Impfen in Verbindung stehen.

GRUND- UND FREIHEITSRECHTE WIEDER IN KRAFT SETZEN

Sämtliche Grund- und Freiheitsrechte sind unverzüglich wieder in Kraft zu setzen. Die **bestehenden Corona-Maßnahmen** sind ständig zu **überprüfen**, gegenüber dem Parlament und der Öffentlichkeit zu rechtfertigen und zum schnellstmöglichen Zeitpunkt aufzuheben.

DEMOKRATIEDEFIZIT BEHEBEN

Die baden-württembergische Landesregierung wie auch die Bundesregierung regieren momentan an den Parlamenten vorbei, Diskussionen in diesen finden, wenn überhaupt, nur nach bereits getroffenen Entscheidungen statt. **Dieser Zustand muss sofort beendet werden**. Corona darf **kein Einstieg in einen autoritären Überwachungsstaat** werden.

KEINE CORONA-HANDY-APPS

Technische Lösungen zur Nachverfolgung von tatsächlich oder vermeintlich Infizierten, die sogenannten „**Corona-Apps**“, sind **entschieden abzulehnen**. Bei überschaubarem medizinischem Nutzen können derartige Anwendungen zur nahezu vollständigen Überwachung der Bürger eingesetzt werden.

